

Nachrichten

Mitgliederzeitung der FDP. Die Liberalen für die Bezirke Winterthur und Andelfingen

Ausgabe 1/2023

FDP nominiert Romana Heuberger für den Stadtrat

Die Parteiversammlung der FDP Winterthur nominiert Romana Heuberger einstimmig für die Stadtratsersatzwahl vom 18. Juni 2023. Die KMU-Unternehmerin und Ökonomin wurde bereits in der Gesamterneuerungswahl des Stadtrates 2022 mit einem hervorragenden Resultat gewählt, schied aber als Überzählige aus. Dies zeigte, dass sie über die Parteigrenzen hinaus mobilisieren kann.

Mit Stadtparlamentarierin Romana Heuberger tritt eine hervorragend qualifizierte, initiative Persönlichkeit zur Stadtratsersatzwahl vom 18. Juni 2023 an. Grosses persönliches Engagement bewies sie unter anderem im Vorstand des Läbesruum, mit der Rettung der Volière im Lindengutpark oder mit ihrem Engagement gegen Kinderarmut in Winterthur. Heute ist sie in diversen lokalen Vereinen im Vorstand engagiert. Erfolgreich bekämpfte sie die Spezialgebühr für die Strassenbeleuchtung. Sie ist weit über die Parteigrenzen hinaus bekannt und geschätzt. Romana Heuberger gilt als analytische Macherin mit klaren Zielen, als verantwortungsvolle Teamplayerin, führungserfahrene Kommunikatorin mit profunder Dossierkenntnis. Als Präsidentin der Sachkommission Stadtbau (vorher Kommission Bau und Betriebe BBK) hat sie Verantwortung übernommen für eine umsichtige Schulraumplanung und war federführend beim erfolgreichen Rekurs Frauenfelderstrasse.

Strategische und operative Führungserfahrung für das Departement Schule und Sport

Durch den Rücktritt von Stadtrat Jürg Altwegg (Grüne) wird mutmasslich die Führung des Departementes Schule und Sport zu besetzen sein. Als Verwaltungsrätin eines regionalen KMU mit 300 Mitarbeitenden und 30 Lernenden und selbständige KMU-Unternehmerin ist sie gewohnt, strategisch und operativ zu führen und Verantwortung zu übernehmen.

Romana Heuberger ist für diese verantwortungsvolle und herausfordernde Aufgabe bestens geeignet. Aus eigener Erfahrung kennt sie jede Schulstufe von der Berufslehre bis



zum berufsbegleitenden Studium im Erwachsenenalter. Als Geschäftsführerin hat sie einen nationalen Berufsbildungsverband im Umweltbereich während 17 Jahren geprägt. «Motivierte und motivierende Lehrpersonen, guter Schulraum zur richtigen Zeit und ein engagiertes Miteinander sind meine Kernziele, welche ich im kommenden Wahlkampf der Winterthurer Bevölkerung näherbringen möchte», führt Romana Heuberger aus. Ihr Herz schlägt aber auch für den Sport: Bei der Rettung von Pfadi Winterthur Handball mit seiner grossen Jugend- und Breitensportabteilung spielte Romana Heuberger vor drei Jahren eine massgebliche Rolle. Zudem ist sie Mitglied der Parlamentarischen Gruppe Sport.

Eine ausgewogene Vertretung im Winterthurer Stadtrat im Interesse der gesamten Winterthurer Bevölkerung

Mit einer Mehrheit von fünf Sitzen ist der links-grün wählende Teil der Winterthurer Bevölkerung im Moment im Stadtrat deutlich übervertreten. Das gemeinsame Ziel eines ausgewogeneren Winterthurer Stadtrats unterstreichen SVP, Mitte und FDP Winterthur mit der gemeinsamen Kandidatur von Romana Heuberger. Sie sind überzeugt, mit ihr der Winterthurer Bevölkerung eine überaus kommunikative und engagierte Kandidatin vorzuschlagen, die den Stadtrat ideal ergänzen und, egal in welchem Departement, weiterbringen wird.

Die SVP und die Mitte haben ihre Unterstützung bereits einstimmig beschlossen. In den nächsten Wochen steht der Austausch mit weiteren Parteien an.

Auftakt Wahlkampf

13. Mai 10.00-13.30, Kirchenplatz

Programm:

10.00 - 13.30 Uhr Festwirtschaft

10.30 Uhr; Kurzansprachen Persönlichkeiten aus Sport, Schule, Jugend

Alle weiteren Wahlkampftermine unter:

www.romana-heuberger.ch/dialograum

Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Stadtratsersatzwahl

Romana Heuberger

Städtische Vorlage

Mindestlohninitiative **Nein**

Eidgenössische Vorlagen

OECD Mindestbesteuerung **Ja**

Klimaschutz-Gesetz **Ja**

COVID-19-Gesetz **Ja**

Inhalt Ausgabe 1/2023

Abstimmung vom 18. Juni 2023 2-3

Jungfreisinnige Winterthur 4-5

Rückblick Legislatur 2019-2023 6-7

Personelles 7

Terminkalender 8

Volksinitiative „Ein Lohn zum Leben“ – Nein zum staatlichen Lohndiktat

von Felix Helg, Stadtparlamentarier FDP / Mitglied der Kommission Soziales und Sicherheit



In einer koordinierten Aktion haben Gewerkschaftskreise und linke Parteien in Winterthur, Zürich und Kloten praktisch gleich lautende Initiativen eingereicht, mit denen ein Mindestlohn gefordert wird. In Kloten lehnten die Stimmberechtigten im Jahr 2021 das Volksbegehren ab, in Zürich kommt ein Gegenvorschlag zur Initiative voraussichtlich in diesem Jahr zur Abstimmung. Und in Winterthur entscheiden wir am 18. Juni 2023 über die Initiative.

Was will die Initiative?

Mit der Initiative wird ein Mindestlohn von Fr. 23.00 pro Stunde für alle Arbeitnehmenden, die auf dem Gebiet der Stadt eine Beschäftigung verrichten, verankert. Nur wenige Ausnahmen sind möglich für Lernende in Lehrbetrieben und bei Praktika und Ferienjobs. Insbesondere müssen auch Löhne, die in Gesamtarbeitsverträgen ausgehandelt wurden, angepasst werden. Die Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns obliegt der Stadt.

Mindestlohn-Vorschriften ungeeignet zur Arbeitsbekämpfung

- Mindestlohn-Vorschriften torpedieren die Sozialpartnerschaft. Etliche Branchen, in denen bescheidene Löhne bezahlt werden, verfügen über Gesamtarbeitsverträge. Zum einen liegen die Mindestlöhne schon heute vielfach über dem Mindestlohn der Initiative. Zum andern muss man auch das Gesamtpaket würdigen: Nicht nur der Lohn spielt eine Rolle, sondern z.B. auch die Sozialleistungen und die Weiterbildungsmöglichkeiten, die ein Gesamtarbeitsvertrag bietet.
- Mindestlohn-Vorschriften gefährden Arbeitsplätze. Mit einem staatlichen Lohndiktat besteht die Gefahr, dass Arbeitsplätze nicht geschaffen, sondern aufgehoben werden, wenn die rechnerischen Kalkulation bei einem Arbeitgeber knapp wird.
- Mindestlohn-Vorschriften unterlaufen die Bemühungen, insbesondere junge Menschen zu einem Ausbildungsabschluss zu führen. Das „Jobben“ mit einem garantierten Mindestlohn kann attraktiver werden als die Absolvierung einer Lehre zum Lehrlingslohn. Langfristig ist dies aber ein Eigengoal.
- Mindestlohn-Vorschriften wirken nicht zielgenau. Studierende, die neben dem Studium „jobben“, müssen nicht a priori als arm gelten und auf einen Mindestlohn

angewiesen sein. Ausserdem profitieren Selbständigerwerbende mit niedrigem Einkommen selbstredend nicht von einem staatlichen Schutz. Zudem bieten Winterthurer Vorschriften nur eine punktuelle Garantie, weil hier wohnhafte Angestellte, die auswärts arbeiten, nicht profitieren.

- Mindestlohn-Vorschriften führen zu mehr Bürokratie. Es muss eine beträchtliche Kontrollorganisation aufgebaut werden. Der Aufwand ist gemessen am beschriebenen punktuellen Nutzen unverhältnismässig.

Das Stadtparlament lehnte die Initiative mit 30:24 Stimmen ab.

Stadtrat propagierte ursprünglich einen Gegenvorschlag.

Der Stadtrat unterbreitete dem Parlament einen gemässigten Gegenvorschlag zur Initiative. Der Text sah einen Mindestlohn von Fr. 21.60 pro Stunde und erweiterte Ausnahmen vor, bei deren Vorliegen vom Mindestlohn abgewichen werden kann. Auch beim Gegenvorschlag blieb die FDP-Fraktion konsequent und stimmte gegen staatliche Lohnvorschriften. Letztlich fiel der wirtschaftsschädliche Gegenvorschlag auch im Parlament durch (46:8), allerdings aus unterschiedlichen Gründen: Für die bürgerlichen Parteien ging er zu weit, für die linken Fraktion zu wenig weit.

**Empfehlung der FDP-Fraktion:
NEIN zur Initiative**



Roth Gerüste AG
Allmendstrasse 22
8413 Neftenbach
Tel. 052 209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
wenn Schönes entsteht

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 18. Juni 2023

von Dieter Kläy, Vizepräsident FDP Kt. ZH, Präsident FDP Winterthur



Ja zur OECD Mindestbesteuerung

140 Staaten haben sich geeinigt, eine Mindestbesteuerung für Grossunternehmen einzuführen. Die OECD-Steuerreform sieht eine Mindestbesteuerung von 15% für internationale Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro vor. In der Schweiz sind das gut 200 inländische Unternehmen und etwa 2'000 ausländische Tochtergesellschaften. Wenn die Besteuerung im Staat der Muttergesellschaft (zum Beispiel in der Schweiz) niedriger ist, können die Staaten der Tochtergesellschaften dies ausgleichen und die Differenz erheben.

Damit diese Gelder nicht die Schweiz verlassen, wird eine nationale Ergänzungssteuer eingeführt, womit die 15% Mindestbesteuerung erreicht wird. Dies haben der Bundesrat und das Parlament beschlossen. Da die Gesamtbesteuerung je nach Kanton variiert, wird diese Steuer von den Kantonen erhoben, obwohl sie auf dem Papier als Bundessteuer konzipiert ist. Die Berechnung der gesamten Steuerlast wird aber vom Bund durchgeführt, da die Kantone keine Einsicht in die schweizweite Besteuerung und die Höhe des Umsatzes haben.

Die 15-prozentige Steuerbelastung entspricht den Vorschriften der OECD und muss auf Konzernebene in der gesamten Schweiz erreicht werden. So kann eine tiefe Steuerbelastung in einem Kanton mit einer höheren Steuerbelastung in einem anderen Kanton «ausgeglichen» werden.

Diese neue Steuer wird der Schweiz zusätzliche Einnahmen bringen. Die zusätzlich erhobenen Einnahmen im jeweiligen Kanton mit «Unterbesteuerung» werden wie folgt aufgeteilt: 75% der Einnahmen gehen an den Kanton und 25% an den Bund. Kantone, die durch diese Reform einen Verlust ihrer Standortattraktivität erleiden, erhalten so die finanziellen Mittel, um den Verlust auszugleichen. Dies liegt auch im Interesse des Bundes, da auch der Bundeshaushalt von der Attraktivität der Kantone profitiert. Die zusätzlichen Einnahmen werden zudem im Finanzausgleich berücksichtigt, der für eine gewisse Gerechtigkeit zwischen den Kantonen

sorgt. Eine unterschiedliche Besteuerung von grossen und kleinen Unternehmen ist momentan verfassungswidrig. Zudem fällt die Besteuerung in den Zuständigkeitsbereich der Kantone, weshalb die Mindeststeuer einen Eingriff in die Steuerhoheit der Kantone darstellt. Daher ist eine Änderung der Verfassung erforderlich. Aus diesem Grund unterliegt die Reform dem obligatorischen Referendum und muss von Volk und Ständen angenommen werden.

Die FDP-Bundeshausfraktion sagt einstimmig **JA** zur Vorlage.

Ja zum Klimaschutz-Gesetz

Das Klimaschutz-Gesetz ist der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Das politisch breit abgestützte Rahmengesetz soll den Klimaschutz mit langfristigen Zielen, Investitionen und Innovationsförderung stärken. Ohne neue Verbote oder höhere Kosten soll die Schweiz schrittweise klimaneutral werden. Gleichzeitig reduziert das Gesetz die Abhängigkeit von Öl- und Gas-Importen aus dem Ausland und stärkt die Energiesicherheit der Schweiz. Das Klimaschutz-Gesetz definiert einen Absempfad, um bis 2050 das Ziel einer klimaneutralen Schweiz zu erreichen. Kernelemente sind der Ersatz von fossilen und stromfressenden Widerstandsheizungen, Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich und die Förderung von Innovationen. Gleichzeitig werden Wirtschaft und Gewerbe ohne Verbote und Steuern gestärkt.

Für das Impuls- und das Innovationsprogramm stehen in kommenden Jahren jährlich je 200 Millionen Franken zur Verfügung. Das Klimaschutz-Gesetz ist Teil einer Gesamtstrategie für Energiesicherheit. Heute zahlt die Schweiz jährlich 8 Milliarden Franken für Öl und Gas aus dem Ausland. 2022 waren es gar 13 Milliarden. Solange wir von fossilen Energien abhängig sind, sind wir starken Preisschwankungen ausgeliefert. Mit dem Ausbau der einheimischen Stromproduktion befreien wir uns aus dieser Abhängigkeit. Zur Zukunftsstrategie gehören auch der Ausbau von Solaranlagen und die Stärkung der Wasserkraft.

Mit dem Mantelerlass beschliesst das Parlament zudem einen weiteren ambitionierten Ausbau der inländischen Stromproduktion. Mit höherer Selbstversorgung durch mehr einheimische Stromproduktion stärken wir die Versorgungssicherheit und erhalten mehr Preisstabilität. Als Teil der Gesamtstrategie trägt das Klimaschutz-Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland und zur Stärkung der Energiesicherheit bei.

Die FDP in National- und Ständerat unterstützt die Vorlage.

Ja zum Covid-19-Gesetz

Zwar ist Corona weitgehend aus dem Alltag und dem Bewusstsein der Bevölkerung verschwunden. Doch Bundesrat und Parlament möchten ausgewählte Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes verlängern. Die eidgenössischen Räte haben sich auf die Verlängerung von Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 bis Ende Juni 2024 geeinigt. Bei Bedarf will das Parlament weiterhin auf das Covid-19-Zertifikat für Geimpfte, Genesene und negativ Getestete zurückgreifen können. Ebenso halten wollen es National- und Ständerat mit den Rechtsgrundlagen für die zurzeit deaktivierte Swiss-Covid-App. Diese dient der Nachverfolgung von Kontakten von positiv Getesteten. Bleiben soll auch die Kompetenz für den Bund, die Entwicklung von Covid-19-Arzneimitteln zu fördern, sowie Bestimmungen zum Schutz von vulnerablen Menschen am Arbeitsplatz.

Verlängert werden sollen auch Massnahmen im Ausländer- und Asylbereich und bei Grenzschiessungen – zur Wahrung der Reisefreiheit von Grenzgängerinnen und Grenzgängern und der Grenzbevölkerung. Die Kostenübernahme für Corona-Tests durch den Bund ist Ende 2022 ausgelaufen.

Seit 2023 müssen die Krankenkassen respektive die Patienten die Kosten dafür übernehmen. Die FDP Schweiz hat zu dieser Vorlage, die zur Abstimmung kommt, weil dagegen erfolgreich das Referendum dagegen erfolgreich ergriffen worden ist, noch keine Parole gefasst.

In vergangenen und vergleichbaren Vorlagen aber auch die zur Abstimmung kommende Gesetzesvorlage hat die FDP jeweils befürwortet.

Generationenwechsel bei den Jungfreisinnigen Winterthur

von Raphael Perroulaz, Präsident Jungfreisinnige Winterthur und Stadtparlamentarier FDP



Ohne Umschweife komme ich sogleich zum Kern der Sache: Nach 9 Jahren Vorstandsarbeit bei den Jungfreisinnigen Winterthur und seit 2018 auch als deren Präsident, ist für mich persönlich nun die Zeit gekommen, mein Amt an die nächste Generation weiterzugeben.

Tatsächlich gibt es ja eigentlich nie einen richtigen Zeitpunkt für so einen Schritt. Nach einer so langen Zeit – beinahe einem Drittel meines Lebens – bin ich eng mit den Jungfreisinnigen

verwoben und durfte diese als natürlich beste Jungpartei der Welt mitprägen. Dies zuerst ab 2014 als Vizepräsident mit dem damaligen Präsidenten und meinem heutigen Fraktionskollegen Jan Fehr und seit nunmehr 5 Jahren selbst als Präsident. Wir waren und sind immer eine Gruppe voller motivierter, junger Menschen, die etwas für die Gesellschaft und unsere Stadt erreichen wollten. Ein Parteiamt in einem solchen Umfeld auszuüben, war sehr bereichernd, sinnstiftend und hat auch unheimlich viel Spass gemacht. Die vielen Erfahrungen, Freundschaften und Begegnungen will ich keinesfalls missen, denn diese werden überdauern. Ich bin mir aber sicher, dass mein Rücktritt den JFW auch zu frischem Wind verhelfen wird. Denn die Jungfreisinnige Bewegung lebt und ist wichtiger denn je – gerade mit Blick auf eine zwingend notwendige Rentenreform.

Ich bin stolz darauf, was wir alles erreicht haben und dass ich dazu meinen Beitrag leisten

durfte. Heute dürfen wir uns wohl zu Recht als die aktivste und am professionellsten aufgestellte Jungpartei Winterthurs bezeichnen. Im Gegensatz zu den anderen lokalen Jungparteien haben wir uns immer dadurch ausgezeichnet, dass wir mit einer grossen Kontinuität arbeiten. Wenn ich das Umfeld unter den Jungparteien vergleiche, ist dies wirklich nicht selbstverständlich. Ich bin überzeugt, dass dieses Engagement aktiv weiter geführt wird. An der Generalversammlung vom 21. April werden unsere Mitglieder ein neues Präsidium wählen.

In den letzten Jahren wurden wir immer ideal und tatkräftig durch Sie als FDP-Mitglieder unterstützt und auch gefördert. Und das Beste daran: Das tun sie bestimmt weiterhin. Dafür möchte ich mich persönlich und im Namen der Jungfreisinnigen ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken! Wir werden uns wiedersehen, denn als Teil der FDP-Fraktion im Stadtparlaments bleibe ich Ihnen erhalten.

Elektra Langerweger zur neuen Präsidentin gewählt

Am 21. April 2023 wurde Elektra Langerweger als Nachfolgerin von Raphael Perroulaz zur neuen Präsidentin der Jungfreisinnigen Winterthur gewählt. Wir gratulieren Elektra herzlich und wünschen Ihr viel Erfolg und Freude in ihrer neuen Rolle.



100% CO2-NEUTRAL SEIT 2012 NICHT ERST SEIT JETZT!

Die erste komplett klimaneutrale Druckerei in der Region Winterthur und erste Adresse innovativer Drucklösungen für Unternehmen.

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT



ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR

myclimate
neutral
Druckerei

myclimate.org/01-13-313465

Jungfreisinniger Besuch in den Katakomben der Stefanini-Stiftung

von Raphael Perroulaz, Präsident Jungfreisinnige Winterthur und Stadtparlamentarier FDP

Immobilienkönig. Phantom von Winterthur. Kunstsammler. Schlossbesitzer. Ein Milliardär, der seine Häuser verlottern lässt. – Es gibt viele Begriffe, die sich im Winterthurer Gedächtnis zu Bruno Stefanini eingepägt haben – vielen Menschen ist er weiterhin ein Begriff.

Dem wollten wir nachgehen und organisierten Ende März einen Anlass mit der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG), welche 1980 von Stefanini gegründet wurde. Uns bot sich die exklusive Gelegenheit, diesen «Mythos Bruno Stefanini», einen Teil der riesigen Sammlung und die Tätigkeiten und der SKKG näher kennenzulernen. Diese hat heute hauptsächlich die Aufgabe, Ordnung in die riesige Sammlung von Kuriositäten zu bringen, welche er zu Lebzeiten angehäuft und chaotisch gelagert hat.

Begonnen haben wir auf der Dachterrasse des Sulzer-Hochhauses auf 100 m Höhe und wurden dann 30 Stockwerke tiefer durch die unterirdischen Katakomben der Depot-Räume zu allerlei historischen Kuriositäten geführt. Rund 10% der insgesamt etwa 100'000 Sammlungsobjekte wie etwa Gemälde, Skulpturen oder Waffen lagern hier und wurden in den letzten Jahren fein säuberlich gereinigt und inventarisiert. Severin Rüegg (Leiter Sammlung) und Andreas Geis (Leiter Förderung) nahmen sich viel Zeit und erklärten diese Prozesse lehr- und



anekdotenreich und führten uns durch die Räume im Hochhaus, welches sich übrigens auch im Besitz der Stefanini-Immobilien befindet. Die aus den Einkünften aus über 2500 Mietliegenschaften vollständig privat finanzierte SKKG pflegt das vielfältige, aber auch kuriose Kulturerbe heute und engagiert sich in der Öffentlichkeit mit einem eigenen Kulturkomitee, Leihgaben und Fördergeldern. Der Name Stefanini ist untrennbar mit Winter-

thur verbunden. Der Mythos um die Person Stefaninis wird nun aber erst nach der vollständigen Inventarisierung der Sammlung wissenschaftlich aufgearbeitet werden können. Wo lagen seine Schwerpunkte für die Sammeltätigkeit, wenn es denn solche gab? Ging es ihm um den Besitz oder ums Sammeln an sich? Was war seine Hauptmotivation? Wer war er wirklich? Die JFW werden die Antworten dazu neugierig verfolgen.



Kantonsrat: Rückblick auf die Legislatur 2019–2023

von Dieter Kläy, Vizepräsident FDP Kt. ZH, Präsident FDP Winterthur



Am 24. April 2023 ist im Kantonsrat die Legislatur 2019 – 2023 zu Ende gegangen. Begonnen hat sie am 6. Mai 2019. Ein Rückblick:

Die 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben an 223 Sitzungen jeweils am Montag getagt. Das sind so viele wie seit der Legislatur 1995–1999 (224 Sitzungen) nicht mehr. In den vorangegangenen Legislaturen waren es 213 (2015–2019), 220 (2011–2015), 219 (2007–2011) und 203 (1999–2003).

Ursache für die vielen Sitzungen sind neben der allgemein gesteigerten Geschäftslast die zusätzlichen Doppelsitzungen, die aufgrund der Ausfälle zu Beginn der Corona-Pandemie eingeplant wurden. Die ausgefallenen Sitzungen wurden kompensiert. Die durchschnittlich 56 Kantonsratssitzungen pro Jahr dauerten insgesamt 200 Stunden. Hinzu kamen gut 350 Kommissionssitzungen pro Jahr, wobei deren Zahl in der zweiten Legislaturhälfte wegen des Einsatzes einer Spezialkommission und diverser Subkommissionen gestiegen ist.

Rund 2000 Geschäfte

In dieser Zeit hat der Kantonsrat über 2000 Geschäfte behandelt und erledigt. Darunter

sind 395 Vorlagen (Gesetzesvorlagen, Kreditbeschlüsse oder sonstige Kantonsratsbeschlüsse), rund 100 Vorlagen pro Jahr. In der vorangegangenen Legislatur 2015–2019 waren es rund 88 Vorlagen pro Jahr, in der Legislatur 2011–2015 durchschnittlich 130. Ebenfalls erledigt wurden in der laufenden Legislatur über 110 parlamentarische Initiativen, rund 60 Motionen, fast 200 Postulate (davon 30 dringliche Postulate), über 60 Interpellationen (davon 19 dringliche Interpellationen) und rund 900 Anfragen (inkl. dringliche Anfragen), wobei Anfragen im Rat nicht behandelt werden. Eingereicht wurden in der laufenden Legislatur rund 1500 Vorstösse und parlamentarische Initiativen, um Auskünfte und Berichte von der Regierung zu verlangen oder Gesetzgebungsprozesse auszulösen. Das sind praktisch gleich viele wie die 1478 Vorstösse der vorangegangenen Legislatur 2015–2019 (wobei die Auswertung damals wegen des späteren Wahltermins erst per Ende Februar erfolgte) und deutlich mehr als die 1110 Vorstösse der Legislatur 2011–2015. Aus der FDP-Fraktion stammen rund 15% dieser Vorstösse.

Die wichtigsten Geschäfte

Das Geschäft, das in den Kommissionen mit Abstand am längsten beraten wurde, war die Untersuchung zu besonderen Vorkommnissen an mehreren Kliniken des Universitätsspitals Zürich (USZ) mit 183 Stunden Beratungszeit, gefolgt von den Beratungen zur Festsetzung der Budgets für die Jahre 2020 bis 2023 mit zwischen 40 und 53 Stunden und dem Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG), Anforderungen für Leistungsaufträge, mit knapp 34 Stunden. Danach folgen die Beratun-

gen der Geschäftsberichte des Regierungsrates für die Jahre 2018 bis 2021 mit knapp 26 bis 30 Stunden.

Die längsten Debatten im Kantonsrat betrafen die Budgets für die Jahre 2020 und 2021. Ganze 28 bzw. gut 26 Stunden lang wurde darüber diskutiert. Dank eines Pauschalkürzungsantrags dauerten die Beratungen des Budgets 2022 (inkl. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2022 und 2023) lediglich 11 und des Budgets 2023 nur 10,5 Stunden.

Zu den Geschäften, über die im Rat überdurchschnittlich lange diskutiert wurde, zählen das **Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz**, Anforderungen für Leistungsaufträge, mit über 13 Stunden Beratungszeit, das **Energiegesetz** (Umsetzung der MuKE 2014) mit gut 7 Stunden, das **Wassergesetz** mit rund 6 Stunden, die **Teilrevision 2017 des kantonalen Richtplans** (Kapitel 4 «Verkehr» und Kapitel 5 «Versorgung, Entsorgung») mit fast 6 Stunden, das **Jagdgesetz** mit knapp 6 Stunden sowie schliesslich die Volksinitiative «für ein Musikschulgesetz» mit gut 5 Stunden.

Das **Energiegesetz** sieht unter anderem ein grundsätzliches Verbot für den Ersatz von Ölheizungen durch neue Ölheizungen vor. Dank der FDP sind unter bestimmten Bedingungen, insbesondere in Härtefällen, Ausnahmen möglich. Mit dem **Selbstbestimmungsgesetz** können Menschen mit Beeinträchtigungen künftig im Kanton Zürich so weit wie möglich selbst bestimmen, wo und wie sie wohnen und von wem sie dabei betreut werden. Diese Selbstbestimmung ist der FDP ein grosses Anliegen.

PRINTIMO. MEHR ALS NUR DRUCK.



Printimo

Optimo Service AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

Ein Bereich der Optimo Group

Geschäfte mit direktem Bezug zu Winterthur

Geschäfte mit direktem Bezug zu Winterthur waren **Infrastrukturprojekte** wie z.B. das neue Gebäude von Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei, die Weiterentwicklung des Gebiets des Kantonsspitals Winterthur am heutigen Standort und auf dem Haldengutareal sowie der Campus Winterthur mit der Weiterentwicklung des Gebiets Technikum und Chemiegebäude. Dies zeigt, dass Winterthur eine Zukunft als Bildungs- und Gesundheitsstadt hat.

Zum anderen waren es **Kulturvorlagen**, die für Winterthur von grosser Bedeutung sind. Mit der Annahme des **Musikschulgesetzes** werden Finanzierungssicherheiten für Musikschulen geschaffen, wovon vor allem auch die Winterthurer Institutionen profitieren. Das neue Geldspielgesetz regelt die weitere Kulturfinanzierung. Für das Projekt **«Neubau und Sanierung Fotomuseum Winterthur»** gewährte der Kantonsrat einen Betrag von Fr. 6 500 000 aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Stiftung Fotomuseum Winterthur. Ebenfalls für die Winterthurer Kultur wichtig wird die **Legislatur-Tranche**, die für bestimmte Projekte finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Die vorberatende Kommission beantragt die Gewährung eines

Beitrages von Fr. 6 974 700 an die Stadt Winterthur für die kulturellen und Investitionsprojekte des Kunstvereins Winterthur, des Vereins Musikkollegium Winterthur und der Theater Winterthur AG zulasten des Kulturfonds.

Im Bildungsbereich steht die Gründung einer **eigenständigen Berufsmaturitätsschule** in Winterthur bevor. Eine Richtplanänderung wird Auswirkungen auf die Entwicklung von Winterthur haben. Mit dem **Masterplan Winterthur-Süd** wird eine Vision formuliert, wie sich Töss künftig entwickeln könnte.

Relativ tiefere Fluktuation

Von den 180 Kantonsratsmitgliedern sind in der laufenden Legislatur 37 zurückgetreten. Damit sind 81 Prozent der 2019 gewählten Mitglieder im Rat verblieben. Das ist deutlich mehr als vor vier Jahren (76 Prozent) und vor acht Jahren (73 Prozent). Am meisten Neueintritte in den Kantonsrat gab es im Jahr 2022 (12). Ebenfalls überdurchschnittlich waren die Rücktritte im ersten Legislaturjahr (10). Ursache dafür war vor allem die grosse Zahl neugewählter Nationalrätinnen und -räte aus den Reihen der Kantonsratsmitglieder. In der Legislaturmitte gab es wie üblich weniger Rücktritte, nämlich 9 im

Jahr 2020 und 7 im Jahr 2021.

Die grösste Fluktuation, sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen, gab es in der GLP. 9 der 24 Fraktionsmitglieder wurden durch nachrückende Politikerinnen und Politiker ersetzt, was 38 Prozent entspricht. Bei der FDP traten 4 von 29 Ratsmitgliedern zurück. Weitere Verschiebungen gab es in der laufenden Legislatur durch Fraktionsaustritte bzw. durch Fraktionswechsel. Zwei Ratsmitglieder verliessen die SVP, eines wurde fraktionslos, das andere wechselte zur Mitte. Derweil wechselte eine Kantonsrätin innerhalb der SVP-Fraktion von der EDU zur SVP. Ein Kantonsrat der Grünen ist heute fraktionslos und eine SP-Kantonsrätin wechselte von der SP zur GLP.

Über 40 Prozent der Ratsmitglieder sind Frauen

Bemerkenswert bei den Wahlen im Jahr 2019 war unter anderem der Frauenanteil im Kantonsrat. Mit 71 Frauen und 109 Männern erreichte er erstmals 39,4 Prozent. Durch die zahlreichen Wechsel im Verlauf der Legislatur kletterte der Anteil zwischenzeitlich auf 43,3 Prozent und beträgt aktuell, kurz vor Ende der Legislatur, mit 75 Frauen und 105 Männern 41,7 Prozent.

Die FDP Winterthur informiert: Personelles

In den Kantonsratswahlen vom 12. Februar 2023 konnte die FDP-Winterthur zwar den Wähleranteil gegenüber 2019 um mehr als ein Prozent ausbauen, hat aber wahlssystembedingt dennoch den zweiten Sitz verloren. Gesamtkantonal legt die FDP bei unveränderter Sitzzahl um 0,2% zu. Stadt und Region Winterthur und Andelfingen werden in der Legislaturperiode von 2023 bis 2027 von **Markus Farner**, **Martin Huber** und **Dieter Kläy** vertreten.

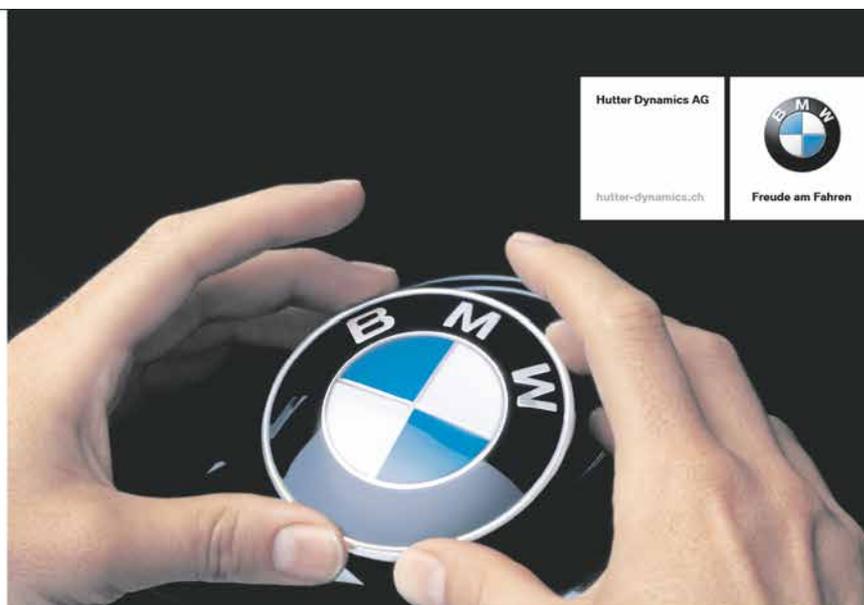
In der evangelisch reformierten Kirchensynode des Kantons Zürich bestätigt worden sind bei den Gesamterneuerungswahlen vom 12. März 2023 für die FDP Winterthur **Ursula Künsch** und **Karin Meier-Vito**.

Raphael Imhof ist seit Anfang März neuer Präsident der FDP-Seen-Mattenbach. Er löst **Philipp Langerweger** ab, der das Präsidium während mehreren Jahren erfolgreich ausübte und an der Generalversammlung mit grossem Applaus verabschiedet wurde.

IN DEN BESTEN
HÄNDEN FÜR
FAHRFREUDE.

HUTTER DYNAMICS AG
WINTERTHUR.

Hutter Dynamics AG
Hegmattenstrasse 3
8404 Winterthur
Tel. 052 244 77 77
www.hutter-dynamics.ch



Terminkalender

Datum	Zeit	Organisation	Anlass	Zusatzinformation
03.05.2023	19.30 Uhr	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Home of Innovation
13.05.2023	10.00 Uhr	Wahlkampf-Komitee Romana Heuberger	Kick-off Wahlkampf Romana Heuberger	Kirchenplatz Winterthur
24.05.2023	19.00 Uhr	FDP Frauen Winterthur	Sommeranlass	
25.05.2023	18.30 Uhr	FDP Zürich	Die Schweizer Neutralität – welche Bedeutung haben Sanktionen?	Zurich Insurance Group, Mythenquai 2, 8002 Zürich
18.06.2023			Eidgenössische Abstimmungen	
05.07.2023	18.00 Uhr	FDP Winterthur	Generalversammlung	Restaurant Krone
06.09.2023	19.30 Uhr	FDP Winterthur	Parteiversammlung	
04.10.2023	19.30 Uhr	FDP Winterthur	Parteiversammlung	

Alle Termine immer aktuell unter: www.fdp-winterthur.ch

Fotograf Ulrich Wydler und Künstlerin Lena Wenger stellen zusammen aus

Gemeinsame Ausstellung vom **Freitag 5. bis Sonntag 14. Mai 2023**



Eiswelten

Erstmals präsentiert uns Ueli Wydler aufwändig ausgewählte Photographien in seiner Ausstellung. Mit «Eiswelten» bringt er dem interessierten Publikum die Faszination der Arktis und Antarktis näher. Seine Bilder berühren und faszinieren gleichermassen. Entstanden sind diese während mehrerer Reisen zu den Polen und zeigen einmalige Konstellationen von Eislandschaften und Tieren.



Ueli Wydler lässt die FDP und besonders unsere Kandidierenden immer gut aussehen. Als Fotograf hat er das Auge für die Facetten einer Persönlichkeit, die richtige Perspektive und den Blick für das Besondere. Die Kunst des Fotografierens hat er von der Passion zum Traumberuf weiterentwickelt.

Perspektivenwechsel oder wunderbarer Kontrast

Die leuchtenden Bilder der Künstlerin Lena Wenger erinnern an die Üppigkeit der Natur. Es scheint als stehe man mittendrin im Seerosenteich. Die Ausstellung inszeniert und bringt die Farben der Jahreszeiten zusammen.



Seerosenteich 2023

Ausstellung 5. bis 14. Mai 2023

Vernissage Fr. 5. Mai 17 – 20 Uhr

Öffnungszeiten

Mo - Fr 14–19 Uhr, Sa + So, 11–18 Uhr

Atelierrundgang Sa / So, 13./14. Mai

Artforpeople ateliergalerie

Ruhtalstr.19, 8400 Winterthur

Tel 076 562 40 04

Impressum FDP Nachrichten:

Redaktion: Dieter Kläy und Elektra Langerweger

Layout: Patrick Brunner

FDP Winterthur, Neumarkt 15, 8400 Winterthur

Tel. 052 212 84 43, info@fdp-winterthur.ch, PC Konto 84-1190-2